

Integration 1 – 03

INHALT

Aktuell	2
Bundesebene	4
Kantone	12
Gemeinden/ Städte/ Regionen	19
Internationales	26
Forschung	29
Agenda	32

Aktuell

Integration – ein elektronisches Informationsbulletin

Das Informationsbulletin „Integration“ informiert in elektronischer Form über integrationsrelevante Entwicklungen in den Kantonen, Städten und Gemeinden sowie innerhalb der Aufgabengebiete der verschiedenen Bundesstellen. Es stellt zudem die wichtigsten Informationen für die Gestaltung des Zusammenlebens der einheimischen und der ausländischen Bevölkerung dar. „Integration“ wird von IMES in Zusammenarbeit mit der Schweizerische Konferenz der kommunalen, regionalen und kantonalen Integrationsdelegierten (KID) herausgegeben und richtet sich in erster Linie an Behörden, welche mit Integrationsaufgaben betraut sind, sowie an kantonale und kommunale Integrationsfachstellen. Das Informationsbulletin wird vierteljährlich erscheinen, wobei weitere Ausgaben bei Bedarf möglich sind.

Wir freuen uns, Ihnen jetzt die erste Nummer präsentieren zu dürfen. Da in diesem Jahr im Integrationsbereich sehr viel geschehen ist, bietet die Ausgabe einen ausführlicheren Überblick über die Querschnittsaufgabe Integration. Die weiteren Ausgaben werden über einen kürzeren Zeitraum informieren und entsprechend auch etwas kürzer ausfallen.

*Mario Gattiker, Vizedirektor IMES, Chef Abteilung und Bürgerrecht
Beda Meier, Präsident der Konferenz der regionalen, kommunalen und kantonalen Integrationsdelegierten (KID)*

INHALT

Aktuell	2
Bundesebene	4
Kantone	12
Gemeinden/ Städte/ Regionen	19
Internationales	26
Forschung	29
Agenda	32

Aktuell

Editorial

Die erfolgreiche Integration der Ausländerinnen und Ausländer und das erfolgreiche Zusammenleben der ansässigen wie zugewanderten Bevölkerung ist Voraussetzung für eine erfolgreiche und nachhaltige Migrationspolitik. Aus dieser Einsicht heraus ist die Integrationsförderung in den vergangenen Jahren sowohl auf der Ebene des Bundes als auch bei der Mehrzahl der Kantone und Städte vermehrt zur Aufgabe der Behörden geworden. Der Bundesrat hat mit seiner Botschaft vom 8. März 2002 zu einem neuen Ausländergesetz IMES mit der Koordination der Integrationsbemühungen beauftragt. Damit soll sichergestellt werden, dass dem Anliegen der Integration in den verschiedenen Aufgabenbereichen noch vermehrt Rechnung getragen wird. Eine verstärkte Zusammenarbeit und die enge Vernetzung der mit Integrationsaufgaben betrauten Stellen bedingen indessen eine gute gegenseitige Information. Der vorliegende Newsletter versteht sich in diesem Sinne als Dienstleistung im Rahmen der neuen Koordinationsaufgaben. Gemeinsam wollen IMES und die Konferenz der Integrationsdelegierten dazu beitragen, dass die für die Integration relevanten Informationen über Entwicklungen und Gestaltungsmöglichkeiten im In- und im Ausland möglichst rasch zirkulieren.

Dr. Eduard Gnesa, Direktor IMES

INHALT

Aktuell	2
Bundesebene	4
Kantone	12
Gemeinden/ Städte/ Regionen	19
Internationales	26
Forschung	29
Agenda	32

Bundesebene

IMES

Teilrevision der Integrationsver- ordnung und der Begrenzungs- verordnung – Vernehmlassung

Der Bundesrat will die Integration der Zugewanderten gezielt fördern. Dazu trägt auch die überarbeitete Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern bei. Eine wichtige Neuerung besteht darin, dass das **Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung (IMES)** integrationsrelevante Aufgaben umfassend koordiniert. Dies betrifft hauptsächlich die Bereiche Berufsbildung, Arbeitslosenversicherung und Gesundheit. IMES soll weiter einen Informations- und Erfahrungsaustausch mit den Kantonen und den grösseren Gemeinden pflegen. Ferner ist vorgesehen, dass die Behörden bei Ermessensentscheiden erfolgreiche Integrationsbemühungen berücksichtigen müssen. Der Integrationsförderung dient auch die in der Verordnung über die Begrenzung der Zahl der Ausländer vorgeschlagene Fünfjahresfrist für den Familiennachzug. Die Vernehmlassungsergebnisse werden momentan inhaltlich bearbeitet. Voraussichtlich wird die Verordnung anfangs 2004 in Kraft treten. Infos: Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung (IMES), Tel. 031 325 11 46 / 031 325 93 99

www.imes.admin.ch/rechtsgrundlagen/aktuell/integration/index_d.asp

INHALT

Aktuell	2
Bundesebene	4
Kantone	12
Gemeinden/ Städte/ Regionen	19
Internationales	26
Forschung	29
Agenda	32

Volksabstimmung über die erleichterte Einbürgerung: Wir kommen zu Ihnen!

Im Jahr 2004 finden die eidgenössischen Volksabstimmungen über die erleichterte Einbürgerung statt. Möchten Sie mehr wissen über das geplante neue Einbürgerungsrecht? Unsere Referentinnen und Referenten kommen gerne an Ihre Veranstaltung, informieren über die Bürgerrechts-Vorlagen und stehen für Diskussionen zur Verfügung. Auf Anfrage stellen wir Ihnen zusätzliches Informationsmaterial zur Verfügung.

Infos: **Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung (IMES)**, Mario Tuor, Informationsbeauftragter, E-Mail: mario.tuor@imes.admin.ch, Tel. 031 324 31 50

Bundesebene

IMES/EKA

Integrations- förderungskredit des Bundes: neue Prioritäten- ordnung 2004 - 2007 / Ausschreibung 2004

Für das zweite Programm des Integrationsförderungskredites des Bundes (2004-2007) sind neue Schwerpunkte definiert worden. Bundesrätin Ruth Metzler-Arnold hat am 13. Mai eine entsprechende Prioritätenordnung erlassen. Die meisten der bisherigen Schwerpunkte werden – teilweise in abgeänderter Form – weitergeführt. Die neuen Schwerpunkte der Integrationsförderung für die kommenden vier Jahre sind:

- A) Verständigung fördern
- B) Institutionen öffnen
- C) Zusammenleben erleichtern
- D) Kompetenzzentren entwickeln
- E) Innovation und Qualitätssicherung

Die Ausschreibung für die Projekte 2004 läuft seit Mitte Juni 2003. Interessierte, welche Projekte zur Förderung der Integration der ausländischen Bevölkerung durchführen möchten, finden Informationen und die Ausschreibungsunterlagen unter: www.eka-cfe.ch oder unter: **Eidgenössische Ausländerkommission (EKA)**, 031 325 91 16, eka-cfe@imes.admin.ch

INHALT

Aktuell	2
Bundesebene	4
Kantone	12
Gemeinden/ Städte/ Regionen	19
Internationales	26
Forschung	29
Agenda	32



Bundesebene

BAG

Umsetzung der Bundesstrategie Migration und Gesundheit 2002-2006

Forschung und Praxis belegen, dass ein Teil der Migrationsbevölkerung stärker gesundheitlichen Risiken ausgesetzt ist. Studien bestätigen diese Risiken und eine diesbezüglich kumulierende Benachteiligung der Migrantinnen und Migranten gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen. Um die Situation im Bereich Migration und Gesundheit fundiert angehen zu können, hat das **Bundesamt für Gesundheit (BAG)** - in Anlehnung an die WHO-Zielsetzung «Gesundheit für alle im 21. Jahrhundert» - in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Flüchtlinge (BFF), dem Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung (IMES) und der Eidgenössischen Ausländerkommission (EKA) eine Strategie für den Bereich Migration und Gesundheit entwickelt, welche Problemfelder und ihre Ursachen aufzeigt sowie Interventionsachsen und Ziele definiert. Mehr dazu und Kontaktadresse: [Strategie](#)

BBT

Neues Berufsbildungsgesetz

Das neue Berufsbildungsgesetz (BBG) soll voraussichtlich auf den 1. Januar 2004 in Kraft treten. Hauptpunkt der Reform ist die Integration sämtlicher Berufsbildungsbereiche in einem Bundesgesetz. Bisher unterstanden die Bereiche Gesundheit, Soziales und Kunst kantonalen Kompetenzen, während die Land- und die Forstwirtschaft in eidgenössischen Spezialgesetzen geregelt waren. Auch ist eine neue, an den Aufgaben statt am Aufwand orientierte Finanzierung vorgesehen; diese ist mit einer höheren Kostenbeteiligung des Bundes verbunden. Zudem können Beiträge für besondere Leistungen im öffentlichen Interesse gewährt werden, so u.a. zur Integration Jugendlicher mit schulischen, sozialen oder sprachlichen Schwierigkeiten. Ende August wurde die Vernehmlassung zur Berufsbildungsverordnung abgeschlossen; die Verordnung soll zusammen mit dem neuen Gesetz anfangs 2004 in Kraft treten. Infos: **Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT)**, Dr. Hugo Barmettler, Tel. 031 323 20 29, hugo.barmettler@bbt.admin.ch, www.bbt.admin.ch/dossiers/nbb/d/index.htm

INHALT

Aktuell	2
Bundesebene	4
Kantone	12
Gemeinden/ Städte/ Regionen	19
Internationales	26
Forschung	29
Agenda	32



Bundesebene

BFF

Integration von Flüchtlingen

Im Bereich der Integration überträgt das **Bundesamt für Flüchtlinge (BFF)** www.asyl.admin.ch/franz/mainf.htm der Schweizerischen Flüchtlingshilfe (SFH) www.sfh-osar.ch/d/index.cfm die Aufgabe, Projekte, die den Flüchtlingen Instrumente zur Gestaltung ihres Lebens in der Schweiz an die Hand geben, auszuschreiben, zu finanzieren und zu evaluieren. In ihrem Tätigkeitsbericht erörtert die SFH die Erfolge und Perspektiven solcher vom BFF finanzierten Projekte.
www.sfh-osar.ch/d/fluechtlinge/index.cfme

Tätigkeitsbericht SFH

Bericht des SFH über die Integration der anerkannten Flüchtlinge

Weiter erarbeitet die SFH in Zusammenarbeit mit dem BFF auftragsmässig einen Bericht über die Integration der anerkannten Flüchtlinge. Darin findet sich eine Beschreibung der gegenwärtigen Situation, und es werden Empfehlungen abgegeben. Unter anderem wurde angeregt, die Information des Bundesamtes zuhanden der Flüchtlinge und der Betreuungspersonen grundsätzlich zu verbessern.
www.sfh-osar.ch/d/fluechtlinge/index.cfm

Der Rote Faden für Flüchtlinge: Ein Leitfaden durch die Schweiz

Im Sinne der Integrationsförderung hat das BFF nun eine Informationsbroschüre für Flüchtlinge geschaffen. Sie trägt den Titel: DER ROTE FADEN für Flüchtlinge - Ein Leitfaden durch die Schweiz. Die Publikation gibt in leicht verständlicher Form Auskunft über die politischen und sozialen Strukturen der Schweiz: von den Grundzügen des Staates bis zum Erfordernis von Fahrräder-Vignetten. Sie erklärt Sachverhalte und vermittelt Adressen der zuständigen Behörden und Institutionen. Das neue Informationsbulletin soll es den Flüchtlingen erleichtern, sich in der Schweiz zu integrieren. Gleichzeitig verfolgt es das Anliegen, die zuständigen öffentlichen und privaten Organisationen entsprechend zu dokumentieren. Dieser Leitfaden kann deshalb auch den betreuenden Stellen als Arbeitsinstrument dienen und mithelfen, bestehende Informationslücken zu schliessen.
Die Herausgabe der Publikation in D/F/I/E ist für den Winter 2003 vorgesehen. Infos dazu: ferdinanda.cunico@bff.admin.ch

INHALT

Aktuell	2
Bundesebene	4
Kantone	12
Gemeinden/ Städte/ Regionen	19
Internationales	26
Forschung	29
Agenda	32

Bundesebene

BSV

Informationsbulletin Familienfragen - Schwerpunktthema Integration

„Integration: eine gemeinsame Aufgabe von Staat, Gesellschaft und Migrationsfamilien“. So lautet das Schwerpunktthema der neusten Nummer „Familienfragen“. Das Informationsbulletin der Zentralstelle für Familienfragen, **Bundesamt für Sozialversicherung (BSV)**, diskutiert Schwierigkeiten bei der Integration und stellt Projekte und Massnahmen vor.

Infos: www.bsv.admin.ch/publikat/familien/d/ff0302.pdf

Kinderbetreuung - Impulsprogramm des Bundes ist gut angelaufen

Beim Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung (in Kraft seit dem 1.2.2003) handelt es sich um ein auf acht Jahre befristetes Impulsprogramm. Es soll die Schaffung zusätzlicher Plätze für die Tagesbetreuung von Kindern fördern, damit die Eltern Erwerbsarbeit und Familie besser vereinbaren können. Bisher sind beim Bundesamt für Sozialversicherung 366 Gesuche eingereicht worden, und laufend kommen neue dazu (Stand vom 12.9.03). Mit den bisher bewilligten 92 Gesuchen werden 1585 neue Betreuungsplätze in Kindertagesstätten und Einrichtungen für die schulergänzende Betreuung geschaffen. Falls sämtliche der momentan pendenten Gesuche bewilligt werden könnten, würden im gegenwärtigen Zeitpunkt insgesamt 4607 neue Betreuungsplätze von den Finanzhilfen des Bundes profitieren.

Infos: www.bsv.admin.ch/impulse

FRB

Newsletter/ DOMINO

Die **Fachstelle für Rassismusbekämpfung (FRB)** ist die Ansprechpartnerin des Bundes im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Informationen zur Fachstelle finden Sie unter www.edi.admin.ch/ara, wo Sie auch den elektronischen Newsletter der FRB und das Mitteilungsblatt DOMINO abonnieren können.

(Fortsetzung siehe nächste Seite)

INHALT

Aktuell	2
Bundesebene	4
Kantone	12
Gemeinden/ Städte/ Regionen	19
Internationales	26
Forschung	29
Agenda	32

Bundesebene

FRB

(Fortsetzung)

Ausschreibung 2004 des Fonds Projekte gegen Rassismus und für Menschenrechte

Die Ausschreibung 2004 des Fonds Projekte gegen Rassismus und für Menschenrechte ist dem Thema „Arbeitswelt ohne Diskriminierung“ gewidmet. Qualitativ gute Projekte zu anderen Themen, insbesondere in der Jugend- und Schularbeit, werden gleichwohl unterstützt. Besonders willkommen sind Projekte, die – etwa im Bildungsbereich – eine langfristige und nachhaltige Wirkung anstreben. Informationen zum Fonds und zur Ausschreibung finden Sie unter www.edi.admin.ch/ara/d/fonds_index.htm.

Tagungen und Seminare

Die **Fachstelle für Rassismusbekämpfung (FRB)** unterstützt die Vernetzung und Weiterbildung von Privaten und öffentlichen Stellen, die sich mit der Thematik Rassismus und Fremdenfeindlichkeit befassen. Sie organisiert dazu Tagungen und Seminare www.edi.admin.ch/ara/d/frb_veranstaltungen.htm und gibt Fachpublikationen www.edi.admin.ch/ara/d/frb_publicationen.htm heraus, unter anderem den Bericht der Schweiz an die UNO-Rassismuskommission, die Resultate der Weltkonferenz gegen Rassismus, ein Verzeichnis mit Adressen von Anlauf- und Beratungsstellen für Opfer rassistischer Diskriminierung sowie die jährliche Broschüre „Projekte“, in der alle vom Fonds unterstützten Projekte aufgelistet sind.

Fachpublikationen und Berichte

Infos: Fachstelle für Rassismusbekämpfung, Generalsekretariat EDI, Inselgasse 1, 3003 Bern, Tel. 031 324 10 33, Fax 031 031 322 44 37, ara@gs-edi.admin.ch, www.edi.admin.ch/ara

INHALT

Aktuell	2
Bundesebene	4
Kantone	12
Gemeinden/ Städte/ Regionen	19
Internationales	26
Forschung	29
Agenda	32



Bundesebene

EKA

terra cognita
Schweizer
Zeitschrift zu
Integration und
Migration

Jede vierte Arbeitsstunde in der Schweiz wird von einer Person mit einem ausländischen Pass geleistet. Die Tatsache, über einen Arbeitsplatz zu verfügen, genügt jedoch nicht, um gesellschaftlich integriert zu sein. *terra cognita* stellt in der dritten Ausgabe neueste Forschungsergebnisse im Bereich der sozialen Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt vor, präsentiert eine in Fachkreisen geführte Debatte über die Zulassung von Arbeitskräften und stellt in verschiedenen Portraits konkrete Projekte und Initiativen vor, die eine verbesserte Integration der ausländischen Arbeitskräfte auf dem Schweizer Arbeitsmarkt zum Ziel haben. In der Infothek werden Publikationen und Materialien vorgestellt.

Infos: www.terra-cognita.ch; das Gratisabonnement der halbjährlich erscheinenden Zeitschrift kann bei der **Eidgenössischen Ausländerkommission (EKA)** bestellt werden:

eka-cfe@imes.admin.ch

INHALT

Aktuell	2
Bundesebene	4
Kantone	12
Gemeinden/ Städte/ Regionen	19
Internationales	26
Forschung	29
Agenda	32

EKFF

Familien und Migration. Beiträge zur Lage der Migrationsfamilien und Empfehlungen der EKFF (2002)

Der im Auftrag der **Eidg. Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF)** erstellte Bericht ist eine Analyse zur Bedeutung der Familie im Migrationsprozess. Dieser Themenbereich wurde aus soziodemographischer, juristischer und psychosozialer Sicht analysiert und zeigt auf, dass die Zusammenhänge von Familie und Migration von grosser politischer Relevanz sind. Weiter zeigt der Bericht ressourcenorientierten Beratungsangebote auf, die Perspektiven für eine Integration, welche die Selbstverantwortung von Migrationsfamilien stärkt, eröffnet.

Infos/Bestellung: www.ekff.ch → Publikationen → Familien + Migration

Bundesebene

EKKJ/FRB

Studie „Offene Jugendarbeit und soziokulturelle Animation: Bestandesaufnahme und Perspektiven der Arbeit mit Migrationsjugendlichen“

SFM-Studie von Janine Dahinden, Anna Neubauer und Eléonore Zotto
Im Auftrag der **Eidg. Kommission für Kinder- und Jugendfragen** und der **Fachstelle für Rassismusbekämpfung** hat das Schweizerische Forum für Migrations- und Bevölkerungsstudien SFM diese Studie durchgeführt. Mit Hilfe von Expertenbefragungen und Projektanalysen hebt sie die Diversifikation der soziokulturellen Animation hervor, zeigt organisationelle Spannungsfelder auf und stellt mögliche Handlungsansätze vor. Das Potenzial der offenen Jugendarbeit zur Förderung einer integrationsfreundlichen und nichtdiskriminierenden Gesellschaft muss erkannt und es müssen ihr die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden.
Bestellung zum Preis von Fr. 9.50 beim BBL, Vertrieb Publikationen, 3003 Bern, Fax 031 325 50 58,
www.bbl.admin.ch/bundespublikationen, Artikel-Nr. 301.352.d. Die Broschüre gibt es auch in Französisch (Nr. 301.352.f) und Italienisch (Nr. 301.352.i).

INHALT

Aktuell	2
Bundesebene	4
Kantone	12
Gemeinden/ Städte/ Regionen	19
Internationales	26
Forschung	29
Agenda	32

EKKJ

Bericht „Stärken wahrnehmen – Stärken nutzen“

In ihrem neusten Bericht plädiert die **Eidg. Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ)** für eine kinder- und jugendgerechte Integrationspolitik. Die Empfehlungen der EKKJ, eine Situationsanalyse der Jugendlichen mit Migrationshintergrund sowie deren Erfahrungen bilden die Kernstücke des Berichtes. Sie werden ergänzt mit Informationen zur Integrationspolitik des Bundes, des Kantons Neuenburg und der Niederlande sowie zur jüngsten Entwicklungen in der offenen Jugendarbeit.

Der Bericht kann bei folgender Adresse in Deutsch, Französisch oder Italienisch gratis bezogen werden: Eidg. Kommission für Kinder- und Jugendfragen, Bundesamt für Kultur, Hallwylstr. 15, 3003 Bern, Tel. 031 322 92 26, Fax 031 322 92 73,
E-mail ekj-cfj@bak.admin.ch



Kantone

KID

Gründung der Schweizerischen Konferenz der kommunalen, regionalen und kantonalen Integrationsdelegierten

Die **Schweizerische Konferenz der kommunalen, regionalen und kantonalen Integrationsdelegierten (KID)** wurde am 13. Februar 2003 gegründet. Ihr erstes Ziel ist der gegenseitige Informations- und Erfahrungsaustausch zu Fragen der Integration von MigrantInnen. Aufgrund dieser Erfahrungen sollen (z.B. im Rahmen von Vernehmlassungsverfahren) gemeinsame Positionen zur Integrationsförderung erarbeitet und die Durchführung von gemeinsamen Projekten auf schweizerischer Ebene erleichtert werden.

Die KID möchte durch ihre Tätigkeit die Integrationspolitik des Bundes mitgestalten und einen Beitrag leisten zur besseren Koordination der Integrationsförderung zwischen den drei staatlichen Ebenen Bund – Kantone – Gemeinden. Diesen Zielen dient auch die Vertretung der KID in zahlreichen gesamtschweizerischen Gremien.

Kontakt: Präsident, Beda Meier, Koordinationsstelle für Integration, Regierungsgebäude, 9001 St. Gallen, Tel. 071 229 33 02, Fax 071 229 39 89, beda.meier@dim.sekr.sg.ch

Vizepräsident, Oliver Freeman, Bureau lausannois pour les immigrés (BLI), Place de la Louve 1, Case postale 3280, 1002 Lausanne, Tel. 021 315 72 45, Fax 021 315 70 20, oliver.freeman@lausanne.ch

INHALT

Aktuell	2
Bundesebene	4
Kantone	12
Gemeinden/ Städte/ Regionen	19
Internationales	26
Forschung	29
Agenda	32



Kantone

KANTON AARGAU

Integrations- konzept: Abschluss des Vernehmlassungs- verfahrens

Am 15. August 2003 ist die Vernehmlassungsfrist zum Anhörungsbericht „Integration der ausländischen Bevölkerung mit geregelterm Aufenthaltsrecht“ zu Ende gegangen. Von den 153 angeschriebenen Adressaten haben 69 den Fragebogen ausgefüllt und sich mehr oder weniger detailliert zu dem von der Regierung vorgelegten Integrationskonzept geäussert. Bis Ende September wurde die Vernehmlassung ausgewertet und ein zusammenfassender Bericht erstellt. Punkte von Interesse sind vor allem die priorisierten Massnahmen und deren Finanzierung sowie die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage.

Infos: Migrationsamt, Koordinationsstelle für Integration, Herr Felix Hürlimann, Bahnhofstrasse 86/88, 5001 Aarau, Tel. 062 835 18 95, Fax 062 835 18 29, felix.huerlimann@ag.ch

Internet-Auftritt

Im Herbst dieses Jahres erhält das Migrationsamt einen eigenen Internet-Auftritt, unter anderem mit den Rubriken „Integration“ und „Rassismusprävention“.

Infos: Migrationsamt, Koordinationsstelle für Integration, Herr Felix Hürlimann, Bahnhofstrasse 86/88, 5001 Aarau, Tel. 062 835 18 95, Fax 062 835 18 29, felix.huerlimann@ag.ch

KANTON BERN

Neue Fachstelle Integration

Die neue Fachstelle für Integration hat ihre Arbeit am 1. Oktober 2003 aufgenommen. Sie soll eine kantonale Integrationspolitik formulieren und die vom Bund übertragenen Aufgaben sicherstellen. Leiter der neuen Fachstelle ist Roland Beerli, bisheriger Vorsteher der Abteilung Asyl- und Flüchtlingsfürsorge. Diese Abteilung wechselt auf den 1. Oktober 2003 von der Gesundheits- und Fürsorgedirektion zur Polizei- und Militärdirektion.

Kontakt: Roland Beerli, Leiter Fachstelle Integration, Tel. 031 633 78 40

INHALT

Aktuell	2
Bundesebene	4
Kantone	12
Gemeinden/ Städte/ Regionen	19
Internationales	26
Forschung	29
Agenda	32

Kantone

KANTON BERN

Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer

Die Gemeinden des Kantons Bern sollen ermächtigt werden, das Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer einzuführen. Dies hat der Regierungsrat des Kantons Bern in einem Bericht zuhanden des Grossen Rates vorgeschlagen. Das Stimm- und Wahlrecht soll jedoch nur Ausländerinnen und Ausländern gewährt werden können, die sich seit mindestens zehn Jahren in der Schweiz aufhalten, davon die letzten fünf Jahre im Kanton.

Der Grosse Rat hat den Bericht in der Junisession 2003 zustimmend zur Kenntnis genommen. Daraus folgt, dass der Regierungsrat eine Vorlage für die Änderung von Artikel 114 der Kantonsverfassung zuhanden des Kantonsparlaments ausarbeiten wird. Schliesslich wird das Bernervolk der Verfassungsänderung zustimmen müssen.

Der Bericht ist unter folgender Adresse zu finden:

www.be.ch/aktuell/beilagen/20030306stimmrecht.pdf

KANTON GENÈVE

Neuer Integrations- delegierter

Der Genfer Regierungsrat hat Robert Cuénod, lizenziierter Psychologe und ehemaliger Generaldirektor der „action sociale“ des Département cantonal de l'Action sociale et de la santé, zum Integrationsdelegierten ernannt. Herr Cuénod ist zurzeit Generaldirektor des „Hospice Général“, einer halböffentlichen, tausend Mitarbeiter zählenden Institution, welche Migrantinnen und Migranten sowie auch Flüchtlinge unterstützt. Er hat sein Amt per 1. Oktober 2003 übernommen.

André Klopmann wurde als Adjunkt bestätigt. Das Büro wird ab Herbst über sechs Mitarbeiter verfügen. Infos: www.ge.ch/integration

Publikationen zum Thema Hilfe und Beratung von Staats- und Gemeinde- angestellten

Das Integrationsbüro des Kantons Genève hat in diesem Monat vier spezifische Publikationen zum Thema Hilfe und Beratung veröffentlicht. Zielgruppe sind die Staats- und Gemeindeangestellten, welche in ihrer Funktion als Empfangs- und Ersteingliederungsstelle unterstützt und beraten werden sollen. Infos: www.ge.ch/integration

INHALT

Aktuell	2
Bundesebene	4
Kantone	12
Gemeinden/ Städte/ Regionen	19
Internationales	26
Forschung	29
Agenda	32



Kantone

KANTON GENÈVE

Prioritätenordnung für die Zulassung zum Arbeitsmarkt

Der Kanton Genf hat eine neue Regelung über die Zulassung zu den öffentlichen Diensten erlassen. Dies soll für Ausländerinnen und Ausländer Chancengleichheit gewähren.
 Infos: www.ge.ch/integration

Vereinigung der Vermittlerinnen und Vermittler

Das Integrationsbüro des Kantons Genf wird demnächst die Leitung der Vereinigung der interkulturellen Vermittlerinnen und Vermittler, die während zwölf Jahren von einem privaten Verband – MondialContact – geführt wurde, übernehmen. Diese aus unterschiedlichsten kulturellen Schichten stammenden Vermittlerinnen und Vermittler können zur Schlichtung von Nachbarschaftskonflikten, wie sie in einem Kanton mit einer ausländischen Wohnbevölkerung von über 38,5% unvermeidlich sind, angerufen werden. Infos: www.ge.ch/integration

Metropolis in Genf

Nachdem die internationale Konferenz Metropolis dieses Jahr in Wien stattgefunden hat, wird sie in der nächsten Auflage vom 27. bis zum 30. September 2004 in Genf abgehalten werden. Das *Swiss Forum for Migration and Population Studies* und das Integrationsbüro von Genf beteiligen sich an der Organisation dieses wichtigen Anlasses.
 Infos: www.ge.ch/integration

Genfer Integrationstagung

Die Genfer Integrationstagung wird am 8. Mai 2004 stattfinden. Kantonale, regionale und kommunale Integrationsdelegierte, die sich für diesen Anlass interessieren, mögen sich das Datum vormerken.
 Infos: www.ge.ch/integration

KANTON LUZERN

Plattform Integration - 27. November 2003

Siehe Rubrik Agenda

INHALT

Aktuell	2
Bundesebene	4
Kantone	12
Gemeinden/ Städte/ Regionen	19
Internationales	26
Forschung	29
Agenda	32

Kantone

KANTON NEUENBURG

Bestattung muslimischer Verstorbener in den öffentlichen neuenburgischen Friedhöfen. Konfessioneller Pluralismus

Der Grosse Rat des Kantons NE hat am 24.06.2003 mit 69 zu 36 Stimmen einem Revisionsentwurf zum kant. Bestattungsgesetz zugestimmt und damit einem Begehren der muslimischen Religionsgemeinschaften entsprochen. Da das Referendum nicht ergriffen wurde, ist das Gesetz am 29. August dieses Jahres rechtswirksam geworden. Das Inkrafttreten dieser Änderungen bedeutet für den Kanton eine erste grundlegende, ja geradezu historische Etappe auf dem Weg zu multikonfessionell gestalteten Friedhöfen mit getrennten Grabfeldern für Angehörige bestimmter Religionsgemeinschaften. Damit haben die Gemeinden fortan freie Hand für räumliche Umgestaltungen, die alternative, durch neue Bestattungsmodalitäten gekennzeichnete Formen der Beisetzung ermöglichen. Thomas Facchinetti, délégué aux étrangers du canton de Neuchâtel, Tél: 032 919 74 42, e-mail:

Bureau.DelegueEtrangersChauxFonds@ne.ch

KANTON ST.GALLEN

Die MigrantInnen als zukünftige Gesprächs- partnerInnen der St.Galler Regierung

Integration ist gut, Partizipation ist besser. Nur mitwirkende AusländerInnen helfen, den Kanton St.Gallen in Schwung zu bringen. Es ist ein Merkmal des demokratischen Rechtsstaates, dass sich die wichtigen gesellschaftlichen Kräfte im Rahmen der Rechtsordnung zusammenschliessen und ihre Interessen in der Öffentlichkeit vertreten. Die St.Galler Regierung hat deshalb beschlossen, mit einer Impulstagung die Gründung eines Dachverbandes der AusländerInnen anzuregen. Der Dachverband wäre, sofern hinreichend repräsentativ organisiert, in der Lage, in wichtigen, die ausländischen MitbürgerInnen betreffenden Fragen als Gesprächspartner der Regierung und der zuständigen Dienststellen der Staatsverwaltung, aber auch der Gemeindebehörden zu wirken.

Infos zum Projekt Dachverband bei der SG Koordinationsstelle für Integration, beda.meier@sg.ch / Medienmitteilung der Regierung: www.amtsblatt-sg.ch/pdf/2003/30_2003.pdf

INHALT

Aktuell	2
Bundesebene	4
Kantone	12
Gemeinden/ Städte/ Regionen	19
Internationales	26
Forschung	29
Agenda	32



Kantone

KANTON WAADT

Neue Waadtländer Verfassung

Am 14. April 2003 ist die neue Verfassung des Kantons Waadt in Kraft getreten. Sie wurde am 22. September 2002 von 56% der kantonalen Stimmberechtigten angenommen. Siehe dazu: Art. 68 Integration der Ausländerinnen und Ausländer, Art. 69 Einbürgerung, Art. 142 Politische Rechte.

Infos: www.dire.vd.ch/constitution/actuel/texte-constitution.html,
www.dire.vd.ch/constitution/actuel/vote_etrangers.html

Kantonale Massnahmen betreffend „clandestins“

18. Juni 2003 - Der Waadtländer Regierungsrat hat den Zwischenbericht der kantonalen Arbeitsgruppe, die mit der Analyse der verschiedenen Aspekte im Problembereich der „clandestins“ beauftragt ist, zur Kenntnis genommen und sich zu einer Anzahl vorgeschlagener Massnahmen, die in den Bereichen Gesundheit und Einschulung der Kinder anzuwenden sind, geäussert. Auch hat er entschieden, ein Moratorium aufrechtzuerhalten, welches den „clandestins“ erlauben soll, die Antwort auf ihr Legalisierungsgesuch abzuwarten, ohne während dieser Zeit der Gefahr einer Ausweisung ausgesetzt zu sein. Infos: sndmz02e.vd.ch/PROD/wss/bic_wssw_p.nsf/key/frameset → siehe weiter: Conseil d'Etat / depuis 2001 / 18. Juni 2003. www.safari.vd.ch/safdoc/basedoc1/d11/f187411.PDF

INHALT

Aktuell	2
Bundesebene	4
Kantone	12
Gemeinden/ Städte/ Regionen	19
Internationales	26
Forschung	29
Agenda	32

KANTON WALLIS

Integrations- konzept

Eine ausserparlamentarische Arbeitsgruppe wurde mit der Ausarbeitung eines kantonalen Integrationskonzeptes beauftragt. Sie wird ihren Entwurf dem Regierungsrat im Laufe des Septembers unterbreiten.

Infos: Jacques Rossier, Coordinateur cantonal à l'intégration des étrangers, Jacques.Rossier@admin.vs.ch



Kantone

KANTON ZÜRICH

Seit dem 1. Juli 2003 verfügt der Kanton Zürich neu über die Stelle einer Beauftragten für Integrationsfragen

Die kantonale Beauftragte für Integrationsfragen, Frau Francine Evéquoz, hat am 1. Juli 2003 ihr neu geschaffenes Amt in Zürich angetreten. Der Einsatz einer oder eines kantonalen Beauftragten für die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung war von der Arbeitsgruppe vorgeschlagen worden, die zuhanden des Regierungsrates einen Bericht über eine Ausländer- und Integrationspolitik für den Kanton Zürich ausarbeitete. Der Regierungsrat schloss sich diesem Vorschlag im Bericht vom 19. Juni 2002 zum Postulat der Kantonsräte Lucius Dürr, Zürich, und Prof. Dr. Richard Hirt, Fällanden, betreffend Ausarbeitung einer umfassenden Ausländerpolitik an.

Hauptaufgabe von Frau Evéquoz als kantonale Integrationsbeauftragte wird es sein, sich bei den Stellen der kantonalen Verwaltung und den Gemeinden wie in der Öffentlichkeit für die praktische Umsetzung der vom Regierungsrat im Bericht zum Postulat betreffend eine umfassende Ausländerpolitik dargestellten Ziele einzusetzen. Dabei ist zuerst eine umfassende Informationsbeschaffung und die Aufnahme der erforderlichen Kontakte nötig, bevor erste konkrete Schritte erfolgen können.

Francine Evéquoz, kantonale Beauftragte für Integrationsfragen, Zürich, Weinbergstr. 25, 8090 Zürich, integration@ji.zh.ch
043/259 25 29

INHALT

Aktuell	2
Bundesebene	4
Kantone	12
Gemeinden/ Städte/ Regionen	19
Internationales	26
Forschung	29
Agenda	32

Gemeinden / Städte / Regionen

STADT BERN

Stadtverwaltung Bern - Deutschkurse für fremdsprachige MitarbeiterInnen

Im Weiterbildungsprogramm für die MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung Bern wurde 2003 erstmals der Kurs „Deutsch im (Arbeits-)Alltag“ ausgeschrieben, der sich an fremdsprachige MitarbeiterInnen aus Handwerk und Technik mit geringen Deutschkenntnissen richtet. Im Kurs (12 Lektionen à 1 ½ Std.) lernen die TeilnehmerInnen, typische Gesprächssituationen im Alltag zu bewältigen, und bereiten sich auf das Personalbeurteilungsgespräch vor. Der Kurs stiess auf grosses Interesse.

Infos: Koordinationsstelle für Integration, Effingerstrasse 21, 3001 Bern, Tel. 031 321 69 63, integration.bui@bern.ch

Neues Einbürgerungs- reglement

Am 18. Mai 2003 ist das neue Reglement über die Erteilung und Zusicherung des Bürgerrechts der Stadt Bern (Einbürgerungsreglement; EBR) vom Volk mit einem Stimmenanteil von über 73 Prozent angenommen worden. Mit der *Integrationsvermutung* - Menschen, die seit 12 Jahren in der Schweiz leben, gelten als integriert -, der Kompetenzverschiebung von der Legislative zur Exekutive sowie der Einführung des Beschwerderechts erhält die Stadt Bern ein gerechtes und fortschrittliches Verfahren. Das Reglement wird voraussichtlich auf den 1. Januar 2004 in Kraft treten.

Infos: Koordinationsstelle für Integration, Effingerstrasse 21, 3001 Bern, Tel. 031 321 69 63, integration.bui@bern.ch

Podiumsgespräch 10. Dezember 2003

Siehe Rubrik Agenda

INHALT

Aktuell	2
Bundesebene	4
Kantone	12
Gemeinden/ Städte/ Regionen	19
Internationales	26
Forschung	29
Agenda	32



Gemeinden / Städte / Regionen

STADT FRAUENFELD

Erste Fachstelle für Integration im Thurgau

Frauenfeld verfügt seit dem 1. Juli 2003 definitiv über eine Fachstelle für Integration. Die Kantonshauptstadt des Thurgaus gehört damit zu den Pionieren nicht nur im Kanton, sondern auch unter den Städten vergleichbarer Grösse in der gesamten Schweiz.

Mit 22'000 Einwohnern gilt Frauenfeld im Vergleich zu Agglomerationszentren als Kleinstadt. In Sachen Bevölkerungszusammensetzung unterscheidet sich Frauenfeld jedoch nicht von Grossstädten: Hier leben Menschen aus 90 Nationen; jede vierte Person besitzt keinen Schweizerpass. Dieser Umstand veranlasste den Stadtrat von Frauenfeld (Exekutivbehörde) vor drei Jahren, versuchshalber eine Fachstelle für Integration einzusetzen. Auf Grund der positiven Erfahrungen stimmte der Gemeinderat (Legislativbehörde) der definitiven Installation der Fachstelle einhellig zu. Die Fachstelle für Integration ist der Abteilung Soziales zugeordnet und verfügt für strategische und operative Tätigkeiten über ein Jahresbudget von 250'000 Franken.

Infos: Fachstelle für Integration, Markus Kutter, Postfach 774,
8501 Frauenfeld, 052 724 54 20, www.infomig.ch,
fachstelle@infomig.ch

INHALT

Aktuell	2
Bundesebene	4
Kantone	12
Gemeinden/ Städte/ Regionen	19
Internationales	26
Forschung	29
Agenda	32



Gemeinden / Städte / Regionen

STADT LAUSANNE

Vivre Ensemble. 2003

Anlässlich des zweihundertjährigen Jubiläums des Eintrittes des Kantons Waadt in die Eidgenossenschaft hat die Stadt Lausanne entschieden, die Gedenkfeier unter das Zeichen der Öffnung gegenüber hier ansässigen oder im Durchgang befindlichen Ausländerinnen und Ausländern zu stellen
www.lausanne.ch/view.asp?DocID=2946&Language=F. Diese Aufgabe wurde der Vereinigung «Vivre Ensemble 2003» übertragen, die eine Vielfalt von Manifestationen organisiert hat
www.lausanne.ch/vivreensemble03. Die wichtigsten davon sind:

- ein Festival zum Thema der Interkulturalität (14. - 21. Juni)
www.lausanne.ch/view.asp?DocID=7821&Language=F
- eine grosse Ausstellung «De l'émigration à l'immigration – Vivre entre deux mondes 1803-2003» (13. Juni – 2. November 2003)
www.lausanne.ch/view.asp?DocID=7888&Language=F
- eine Ausstellung zum « ausländischen » Ursprung von Wörtern in der französischen Sprache (23. Mai – 2. November 2003)
www.lausanne.ch/view.asp?DocID=9582&Language=F
- eine Photoausstellung über das Zusammenleben der verschiedenen Kulturen in den grünen Zonen von Lausanne „Vidy et ailleurs...“ und über den Alltag der Flüchtlinge „Ombres et lumières de l'exil“ (11. August – 28. September 2003)

Weitere Anlässe zum gleichen Thema wurden von Vivre Ensemble 2003 mitorganisiert und fanden parallel in drei verschiedenen Gemeinden der Region Lausanne statt :
 Renens/Bussigny/Ecublens
www.lausanne.ch/view.asp?DocID=7817&Language=F
www.renens.ch/dev/Carrefour/index.html
 (Fortsetzung nächste Seite)

INHALT

Aktuell	2
Bundesebene	4
Kantone	12
Gemeinden/ Städte/ Regionen	19
Internationales	26
Forschung	29
Agenda	32



Gemeinden / Städte / Regionen

STADT LAUSANNE

(Fortsetzung)

Vivre Ensemble. 2003

Chavannes-près-Renens: 5.-6.09.2003 – interkulturelles Fest *D'une rive à l'autre*, organisiert von der Konsultativkommission suisses-étrangers www.chavannes.ch/

Moudon: 14.06.2003 – Fest der Gemeinschaften suisses-étrangers, www.suetmo.ch/

Annahme des rapport-préavis 2003 / 29 „Integrations- und Einbürgerungs- politik der Stadt“

19. Juni 2003: Annahme des rapport-préavis 2003 / 29 „Integrations- und Einbürgerungspolitik der Stadt“ (Politique communale d'intégration et de naturalisation des immigrés) durch den Stadtrat (Municipalité / Exekutive) von Lausanne. Mit diesem Vorentscheid in Form eines Berichts präzisiert der Stadtrat von Lausanne die Ziele der kommunalen Integrationspolitik sowie auch diejenigen der Einbürgerung von Migrantinnen und Migranten. Um diese Ziele zu erreichen, schlägt der Stadtrat vor, das aktuelle Dispositiv zu ändern, damit dem ständigen Wandel, der das Migrationsphänomen charakterisiert, besser Rechnung getragen und die Rolle der Gemeinde angesichts der wachsenden Zahl von Akteuren in diesen Bereichen klarer definiert werden kann. Um die Partizipation der Migrantinnen und Migranten am öffentlichen Leben zu fördern, schlägt der Stadtrat von Lausanne vor, dem *Forum des étrangers et étrangères de Lausanne* (FEEL) für das Jahr 2004 eine Subvention von 190'000 Franken zu gewähren. Diese Vereinigung wird das Konsultativ-Organ der Migrantinnen und Migranten von Lausanne als Hauptansprechstelle der Ausländervereinigungen ersetzen. Parallel dazu wird der Stadtrat dem Lausanner Büro für Migrantinnen und Migranten das Mandat erteilen, die verschiedenen Aufgaben, welche die Stadt im Bereich der Integration von Migrantinnen und Migranten erfüllt, zu koordinieren und eine Informations- und Sensibilisierungskampagne zum Thema Einbürgerung durchzuführen. Dieser préavis wird dem Gemeinderat (Conseil communal / Legislative) im vierten Quartal dieses Jahres zur Genehmigung unterbreitet.

www.lausanne.ch/view.asp?DocID=9847&Language=F&DomID=63054

INHALT

Aktuell	2
Bundesebene	4
Kantone	12
Gemeinden/ Städte/ Regionen	19
Internationales	26
Forschung	29
Agenda	32



Gemeinden / Städte / Regionen

STADT LUZERN

Informationen zur Einbürgerung

Für Fragen und Informationen zur Einbürgerung hat die Stadt Luzern einen Informationsprospekt erarbeitet. Dadurch sollen vor allem jugendliche Ausländerinnen und Ausländer angesprochen und informiert werden. Auskünfte dazu erhalten Sie über die folgende Adresse: Stadt Luzern, Zivilstandsamt und Bürgerrechtswesen, Luzern, Tel. 041 208 83 35, SID.BVD-ZB@StadtLuzern.ch

STADT RORSCHACH

Leitbild für das Zusammenleben in der Stadt Rorschach

Als typische Zentrumsgemeinde einer Agglomeration kennt Rorschach äusserst anspruchsvolle wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen. Das Sich-Wohlfühlen in der Stadt hat insbesondere auch mit dem Zusammenleben der Rorschacherinnen und Rorschacher, mit der Akzeptanz und einer positiven Einstellung in Bezug auf die vielfältige Bevölkerungszusammensetzung zu tun. Der Stadtrat wollte sich diesen Fragen aktiv stellen: Er hat einen Prozess in die Wege geleitet, der die öffentliche Diskussion über das Zusammenleben in Rorschach im Zuge der Erarbeitung und der Umsetzung eines Leitbildes ermöglicht.

An der Leitbildentwicklung beteiligten sich während eineinhalb Jahren ca. 120 Personen verschiedener Generationen, Nationalitäten und Religionen. In verschiedenen Schritten wurden die Erfahrungen und Erwartungen der Bevölkerung erfasst und Visionen für ein zukünftiges Rorschach entwickelt. Daraus entstanden ist das Leitbild, das die erarbeiteten Ideen zusammenfasst.

Weitere Details zur gesamten Arbeit finden Sie unter:

www.integration-rorschach.ch

Kontaktperson: Erika Dähler, Projektleitung, Dähler&Tömböly GmbH, Stationsstrasse 33, CH-9014 St. Gallen, Tel. +41 71 278 69 36, e.daehler@bluewin.ch

INHALT

Aktuell	2
Bundesebene	4
Kantone	12
Gemeinden/ Städte/ Regionen	19
Internationales	26
Forschung	29
Agenda	32



Gemeinden / Städte / Regionen

STADT ST.GALLEN

Integrationsstelle organisiert Fachstellentreff in St.Gallen

Integration ist eine Querschnittsaufgabe. Im gut besuchten Fachstellentreff unterhielten sich am 26. August 2003 fünfzig Fach- und Verwaltungsstellen über die Koordination von Aufgaben und Aktivitäten in der Stadt St.Gallen. Dabei wurden das städtische Begrüssungs- und Informationskonzept für ausländische Neu-Zugezogene sowie die Rolle und die Mitwirkungsmöglichkeit von Fachstellen vorgestellt. Als Bestandteile des Informationskonzeptes der Stadt St.Gallen wurden die Projekte Informationskiosk und die Schlüsselpersonen der internationalen Frauengruppe AMIGAS präsentiert. Seit kurzem finden Fachstellen für Koordinationszwecke einen Veranstaltungskalender auf der HomePage der Integrationsstelle der Stadt St.Gallen.

Weitere Informationen unter: www.stadt-st-gallen.ch
Peter Tobler, Integrationsbeauftragter Stadt St.Gallen, Tel. 071 224 56 99

Informations- veranstaltung 15. Dezember 2003

Siehe Rubrik Agenda

WALLIS

Integrations- kommissionen in verschiedenen Gemeinden

Verschiedene Gemeinden des Kantons Wallis verfügen seit einigen Jahren über sehr aktive Integrationskommissionen. Es hat sich ein Bewusstsein entwickelt, dass es nötig ist, auf lokaler Ebene Integrationstätigkeiten aufzubauen. Inzwischen haben sich mehrere Arbeitsgruppen formiert; bereits liegen fertige Projekte vor. Es handelt sich hier in der Tat um die Anfänge einer wirklichen Integrationstätigkeit. [Adressen Kommissionen](#)

INHALT

Aktuell	2
Bundesebene	4
Kantone	12
Gemeinden/ Städte/ Regionen	19
Internationales	26
Forschung	29
Agenda	32

Gemeinden / Städte / Regionen

STADT WINTERTHUR

Neue Integrations- delegierte ab 1. September 2003

Der Stadtrat hat Nadja Witzemann als neue Integrationsdelegierte angestellt. Sie hat ihre 80-Prozent-Stelle am 1. September angetreten. Bisher war die Stelle des Integrationsdelegierten mit 50 Prozent dotiert. Eine fachliche Überprüfung zeigte, dass zur Erfüllung der Aufgaben eine Aufstockung auf 80 Prozent nötig ist. Diese Stellenaufstockung erfolgt kostenneutral. Der bisherige Integrationsdelegierte Peter Baltensberger, der in den vergangenen zwei Jahren zu je 50 Prozent als Integrationsdelegierter und als Leiter der Arbeitsprojekte beim Arbeitsamt tätig war, wird sich nun wieder voll seiner Funktion im Arbeitsamt widmen.

www.stadt-winterthur.ch/defaultDienstleistungen.asp

INHALT

Aktuell	2
Bundesebene	4
Kantone	12
Gemeinden/ Städte/ Regionen	19
Internationales	26
Forschung	29
Agenda	32



Internationales

Europäische Union

Die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 19./20. Juni 2003 in Thessaloniki messen der Integration der Ausländerinnen und Ausländer hohe Priorität bei. Es ist die jährliche Erarbeitung eines Berichts über Migration und Integration geplant.

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates:

ue.eu.int/newsroom/makeFrame.asp?MAX=&BID=76&DID=76285&LANG=2&File=/pressData/de/ec/76285.pdf&Picture=0

Weitere Informationen: Bericht der Europäischen Kommission vom 3. Juni 2003 zu den Themen Immigration, Integration und Arbeit unter:

europa.eu.int/eur-lex/en/com/cnc/2003/com2003_0336en01.pdf

7. Ministerkonferenz des Europarates

Die 7. Ministerkonferenz des Europarates zu Migrations- und Integrationsfragen fand am 16. und 17.9.2002 in Helsinki statt. Das Thema der Konferenz war „Die Migranten in unseren Gesellschaften: mögliche Politiken im 21. Jahrhundert“. Die Schweizer Delegation wurde von Dr. E. Gnesa, Direktor des Bundesamtes für Zuwanderung, Integration und Auswanderung (IMES) geleitet. Bezüglich des Themas Integration wurde in der Schlusserklärung hervorgehoben, dass die Bemühungen um eine echte Partizipation der Migrantinnen und Migranten an der Gesellschaft verstärkt und Integrationsindikatoren vermehrt entwickelt werden sollen. Mit den Folgearbeiten ist insbesondere das CDMG (Comité européen sur les migrations) beauftragt. Infos:

www.coe.int/T/F/Coh%E9sion_sociale/Migrations/Conf%E9rences_minist%E9rielles

INHALT

Aktuell	2
Bundesebene	4
Kantone	12
Gemeinden/ Städte/ Regionen	19
Internationales	26
Forschung	29
Agenda	32



Internationales

Frankreich - Stärkung der Integration in der neuen Einwanderungs- gesetzgebung

Im Rahmen der Reform der Einwanderungsgesetzgebung wurde im April das Aktionsprogramm zur Stärkung der Integration von Ausländerinnen und Ausländern in Frankreich vorgestellt. Der Schwerpunkt dieses Programms liegt bei der Integration vor allem der Neuzuwandernden. Das Programm sieht die Einführung von Integrationsverträgen vor, die zunächst fakultativ und ab 2004 verpflichtend eingeführt werden sollen. Infos:

www.legifrance.gouv.fr/html/actualite/actualite_legislative/immnet.htm

Österreichisches Fremdengesetz – Integrations- vereinbarungen

Eine Integrationsverpflichtung von Ausländerinnen und Ausländern wurde 2002 anlässlich der Novellierung des österreichischen Fremdengesetzes (FrG) verankert. Das Gesetz befindet sich seit dem 1. Januar 2003 in Kraft. Die entsprechenden Bestimmungen finden sich in den Paragraphen 50a bis 50d des FrG. Ziel dieser Integrationsvereinbarung ist eine raschere Integration der Zuwandernden durch die Vermittlung von Grundkenntnissen der deutschen Sprache und die Ermöglichung der Teilnahme am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben. Die Verpflichtung gilt ab der Erteilung der „Erstniederlassungsbewilligung“. Der Nachweis für die Erfüllung der Verpflichtung ist innerhalb von 4 Jahren zu erbringen. In Ausnahmefällen kann ein Aufschub von maximal 2 Jahren gewährt werden. Infos:

www.integrationsfonds.at/downloads/zertifizierung/iv-gesetz.pdf

MPG Diversity Policies Network

Die Schweiz ist seit Anfang dieses Jahres Mitglied des Diversity Policies Network der Migration Policy Group. Dieses intergouvernementale Netzwerk will insbesondere den zwischenstaatlichen Informations- und Erfahrungsaustausch zu Fragen der Integration systematisieren und eine Plattform für den Austausch von „best practices“ sein. Regelmässige Seminare innerhalb zweijähriger Zyklen erlauben den Mitgliedstaaten verschiedene aktuelle Themen zu diskutieren und auszuwerten. Die letzte Tagung erfolgte im September 2003. Nebst der Schweiz haben Australien, Grossbritannien, Kanada, die Niederlande, Norwegen und Schweden teilgenommen.

Infos: Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung (IMES), Stephanie Zbinden, stephanie.zbinden@imes.admin.ch

INHALT

Aktuell	2
Bundesebene	4
Kantone	12
Gemeinden/ Städte/ Regionen	19
Internationales	26
Forschung	29
Agenda	32

Internationales

8. Internationale Metropolis Konferenz - IMES organisiert Workshop zum Thema Integration

15.-19. September 2003 in Wien: Unter dem Titel "Integration policy in Switzerland: linking civil society's inputs with governmental strategy" hat die Sektion Integration von IMES an der oben genannten Konferenz einen Workshop organisiert. Der Direktor von IMES, Dr. E. Gnesa, hielt ein Impulsreferat zur Integrationspolitik des Bundes, welches auf die strukturelle Integrationsförderung (*mainstreaming* von Integrationsanliegen, „Fitmachen“ von öffentlichen Institutionen und Verwaltungen für die Zuwanderungsgesellschaft), die politische Integration (Einbürgerung) sowie die verschiedenen in diesem Zusammenhang relevanten Gesetzesprojekte auf Bundesebene fokussiert war. Dr. Simone Prodolliet, Leiterin des Sekretariates der Eidgenössischen Ausländerkommission (EKA), hielt in ihrem Referat Rückblick auf die Geschichte der EKA und gab einen Einblick in die Arbeitsinhalte und die Arbeitsweise der EKA als ausserparlamentarischer Kommission. Der Koordinator Integrationsförderung, Christof Meier, präsentierte die Evaluationsergebnisse des ersten Integrationsförderungsprogrammes des Bundes 2001-2003 und stellte das neue Schwerpunkteprogramm zur sozialen und kulturellen Integration vor.

Infos: www.international.metropolis.net,

Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung (IMES),
Simone Gretler Heusser, simone.GretlerHeusser@imes.admin.ch.

INHALT

Aktuell	2
Bundesebene	4
Kantone	12
Gemeinden/ Städte/ Regionen	19
Internationales	26
Forschung	29
Agenda	32



Forschung

Studie Avenir Suisse - Die demographische Auswirkung der aktuellen Revision des schweizerischen Bürgerrechts

Die neue Studie von Avenir-Suisse zum Thema Einbürgerung setzt sich aus zwei Teilbereichen zusammen. Im Bericht der Autoren Dr. Gianni D'Amato und Dr. Philippe Wanner (Schweizerisches Forum für Migrations- und Bevölkerungsstudien, Neuchâtel) geht es um die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer, welche die neuen Mindestvoraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllen, sowie die sehr unterschiedlichen Einbürgerungsneigungen der verschiedenen Ausländergruppen. Im Bericht von Prof. Rainer Münz und Prof. Ralf Ulrich (Lehrstuhl für Bevölkerungswissenschaften an der Humboldt Universität Berlin) werden die langfristigen Folgen der geplanten Revision dargestellt.

Die Ergebnisse der Studie zeigen auf, dass mehr und mehr Ausländerinnen und Ausländer die Mindestvoraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllen und somit die jährlichen Einbürgerungen mit oder ohne Gesetzesrevision zunehmen werden. Längerfristig werden damit selbst bei einer kontinuierlich hohen Zuwanderung sowohl die Zahl als auch der Anteil der in der Schweiz lebenden Ausländerinnen und Ausländer abnehmen. Mit der Revision des Staatsbürgerschaftsrechts, insbesondere auch durch die Einführung der Staatsbürgerschaft kraft Geburt für die dritte Generation, wird dieser Prozess beschleunigt.

Infos: www.avenirsuisse.ch, lukas.steinmann@avenir-suisse.ch

Wissenschaftliche Analysen der Volkszählung 2000

Im Rahmen seines Diffusionsprogrammes zu den Resultaten der Eidgenössischen Volkszählung 2000 (VZ 2000) plant das Bundesamt für Statistik (BFS), eine Serie von wissenschaftlichen Analysen zu publizieren. Diese Analysen vertiefen detailliert bestimmte aktuelle Zeitfragen und Informationen, die unter anderem auch integrationsrelevanten Themen betreffen. Die Ausschreibung wurde Ende Mai 2003 abgeschlossen. Realisierung 2003 und 2004.

www.statistik.admin.ch/stat_ch/ber00/vz/as/dvz-as01-01.htm#publikation

INHALT

Aktuell	2
Bundesebene	4
Kantone	12
Gemeinden/ Städte/ Regionen	19
Internationales	26
Forschung	29
Agenda	32



Forschung

Forschungsprogramme des Schweizerischen Nationalfonds: *Laufende integrationsrelevante Programme*

Ziel des **Nationalen Forschungsprogrammes 40+ "Rechtsextremismus - Ursachen und Gegenmassnahmen"** ist es, neue Einsichten in Entstehungsbedingungen, Erscheinungsformen, Verbreitung und Konsequenzen von rechtsextremen Aktivitäten in der Schweiz zu gewinnen. Besonderes Augenmerk wird dabei dem gesellschaftlichen Umfeld und der Evaluation möglicher Gegenmassnahmen geschenkt. Das Forschungsprojekt wurde im Mai 2002 ausgeschrieben und dauert bis Ende 2007.
Infos: www.snf.ch/de/rep/nat/nat_nrp_40p.asp

Nationales Forschungsprogramm 51 „Integration und Ausschluss“

Wie entstehen Normen, wann führen sie zur Integration, unter welchen Voraussetzungen führen sie zum Ausschluss? Das interdisziplinär angelegte NFP 51 "Integration und Ausschluss" will die Ursachen, Entstehungsprozesse sowie Funktions- und Wirkungsweisen von sozialer Integration und gesellschaftlichem Ausschluss in der Schweiz unter anderem auch in Bezug auf Migrantinnen und Migranten analysieren und bewusst machen.

Forschungsdauer: April 2003 - Dezember 2006.

Infos: www.snf.ch/de/rep/nat/nat_nrp_51.asp

Nationales Forschungsprogramm 52 „Kindheit, Jugend und Generationenbeziehungen im gesellschaftlichen Wandel“

Ziel dieses Nationalen Forschungsprogrammes ist es, in die gegenwärtigen und zu erwartenden Lebensverhältnisse und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz neue Einsichten zu gewinnen. Besonderes Augenmerk wird intergenerationellen sowie rechtlichen Aspekten geschenkt. Verschiedene Projekte befassen sich im Rahmen dieser Fragestellungen mit Jugendlichen und Kindern mit Migrationshintergrund. Das Projekt wurde im März 2002 ausgeschrieben und dauert 5 Jahre.

Infos: www.snf.ch/de/rep/nat/nat_nrp_52.asp

INHALT

Aktuell	2
Bundesebene	4
Kantone	12
Gemeinden/ Städte/ Regionen	19
Internationales	26
Forschung	29
Agenda	32



Forschung

Abgeschlossene integrations- relevante Forschungs- programme des Schweizerischen Nationalfonds:

Informationen zum abgeschlossenen Forschungsprogramm des Schweizerischen Nationalfonds „**Migration und interkulturelle Beziehungen**“ (NFP 39) finden Sie unter: www.snf.ch/downloads/prr_arh_03jan27_1_d.pdf oder Dr. Christian Mottas, Schweiz. Nationalfonds, Tel. +41-31-308 22 22, nfp@snf.ch / cmottas@snf.ch

Informationen zu den Studien des Nationalen Forschungsprogramms **NFP 40 „Gewalt im Alltag und organisierte Kriminalität“** finden Sie unter: www.snf.ch/de/rep/nat/nat_nrp_40.asp

Vertiefungsstudie PISA - Soziale Integration und Leistungs- förderung

Warum gelingt es dem schweizerischen Schulsystem weniger gut als anderen, ungleiche Startchancen von Schulkindern auszugleichen? Dies ist das Thema des Berichtes „**Soziale Integration und Leistungsförderung**“, der im Rahmen der PISA-Studie erhobene Daten vertieft analysiert. Ein differenzierter Ländervergleich führt die AutorInnen zu einer Reihe von Empfehlungen für die Schweiz.

Siehe Zusammenfassung: [PISA-Nachfolgestudie](#)
Weitere Informationen bei der Nationalen Projektleitung PISA.ch:
pisa.ch@bfs.admin.ch

INHALT

Aktuell	2
Bundesebene	4
Kantone	12
Gemeinden/ Städte/ Regionen	19
Internationales	26
Forschung	29
Agenda	32



Agenda

Eidgenössische Jugendsession 2003

30. Oktober – 1.
November 2003

Die diesjährige Jugendsession widmet sich dem Thema Integration. Dabei sollen verschiedene Aspekte, wie Immigration, Arbeitslosigkeit oder Armut, die zu Ausgrenzung führen können, diskutiert werden.
30. Oktober – 1. November 2003, Bern
Informationen: www.jugendsession.ch

Vielfalt binationaler Lebensformen

Tagung der
Interessen-
gemeinschaft
Binational
1. November 2003

Die Lebensphasen von binationalen Familien – von der Heirat bis zur Pensionierung – werden in sechs verschiedenen Workshops unter rechtlichen, psychologischen, kulturellen und politischen Aspekten beleuchtet. Die Tagung richtet sich an Betroffene sowie an Fachleute aus dem Familien- und Migrationsbereich. Sie findet im Rahmen der Europäischen Konferenz für binationale/bikulturelle Paare (ECB) vom 31. Oktober – 2. November 2003 statt.
1. November 2003, Zürich
Programmflyer zu bestellen unter: info@ig-binational.ch

INHALT

Aktuell	2
Bundesebene	4
Kantone	12
Gemeinden/ Städte/ Regionen	19
Internationales	26
Forschung	29
Agenda	32

Soziale Arbeit mit Jugendlichen

10. VeSAD-
Symposium
7. November 2003

Das diesjährige Symposium bietet Raum für die kritische Reflexion der drei Fragen, welche Ansätze die Soziale Arbeit im Umgang mit devianten und delinquenten Jugendlichen vertritt, wo sie mit Prävention und Intervention ansetzt und wie sie den jungen Frauen und Männern Perspektiven aufzuzeigen und zu eröffnen versucht.
7. November 2003, Konferenzzentrum Olten
Informationen und Anmeldung:
www.sozialinfo.ch/vesad/veranstaltungen.html
Frau Sabine Felder Michaud, VeSAD, Tel. 026 424 24 58,
vesad@sozialinfo.ch



Agenda

Integration durch Arbeit? Erfahrungen und Ansätze zur Verbesserung der Integration ausländischer Arbeitskräfte
 Nationale Tagung der EKA
 7. November 2003

Die nationale Tagung der Eidgenössischen Ausländerkommission vom kommenden 7. November wird das Thema «Integration durch Arbeit?» behandeln. Verschiedene mögliche Handlungsfelder werden aufgezeigt und mit konkreten Projektbeispielen und Ansätzen verknüpft, welche in unserem Land durchgeführt werden. Vorgestellt werden auch die neuesten Forschungsergebnisse aus dem Bereich von Integration und Arbeit. Und auf dem Podium erhalten Stimmen eine Plattform, welche von konkreten persönlichen Erfahrungen der Integration in den Betrieben berichten. Die Tagung bietet interessierten Kreisen (UnternehmensvertreterInnen, Personalverantwortlichen, Fachpersonen aus dem Integrationsbereich, der Berufsbildung usw.) Gelegenheit, sich über Angebote kundig zu machen, Kontakte zu pflegen und mitzudiskutieren.
 7. November 2003, Kornhausforum Bern
 Informationen und Anmeldung: eka-cfe@imes.admin.ch.

INHALT

Aktuell	2
Bundesebene	4
Kantone	12
Gemeinden/ Städte/ Regionen	19
Internationales	26
Forschung	29
Agenda	32

Die Herausforderung der Städte und Agglomerationen
 Schweizerische Tagung zur nachhaltigen Entwicklung auf lokaler Ebene
 13. und 14. November 2003

Drei Viertel der Schweizer Bevölkerung leben in Städten und Agglomerationen. Was sind die Auswirkungen der Entwicklung von Städten und Agglomerationen auf die Umwelt, auf die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft sowie auf die Gesundheit und die Lebensqualität der Menschen? Wie wird eine Stadt oder eine Agglomeration nachhaltig entwickelt? Die Tagung lädt ein, hinsichtlich umwelt-, wirtschafts- und sozialverträglicher Stadt- und Agglomerationsentwicklung Visionen und Handlungsmöglichkeiten zu diskutieren.
 13. und 14. November 2003
 Kornhausforum, Kornhausplatz, Bern
 Informationen und Anmeldung: equiterre, Postfach, CH-8032 Zürich, Tel.: 043 268 83 33, info.zh@equiterre.ch



Agenda

Plattform

Integration

Koordinationsstelle für Ausländerfragen und Integrationspolitik des Kantons Luzern
27. November 2003

Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen Vermittlungspersonen und Fachleuten aus der Migrationsbevölkerung und aus Institutionen zum Thema: Freiwilligenarbeit in der Integrationsförderung. Möglichkeiten und Grenzen
27. November 2003, 17.00-19.30 Uhr, Pfarreisaal St. Anton, Langensandstrasse 5, 6005 Luzern
Auskunft und Anmeldung: Koordinationsstelle für Ausländerfragen und Integrationspolitik des Kantons Luzern, Postfach 3439, 6002 Luzern, Tel. 041 228 61 77, E-mail: hansjoerg.vogel@lu.ch

Fremde Kulturen in der Nachbarschaft - Ablehnung, Assimilation oder ... Fragen im Spannungsfeld Grundrechte – Kulturkonflikte

Podiumsgespräch, organisiert von der Koordinationsstelle Integration der Stadt Bern und vom Verein Menschenrechte Schweiz MERS
10. Dezember 2003

Podiumsgespräch mit Carola Meier-Seethaler, Kulturphilosophin und Psychotherapeutin, und Walter Kälin, Professor für Staats- und Völkerrecht. Leitung: Otmar Hersche
10. Dezember 2003, 18.00 – 19.30 Uhr
Kornhausforum, Kornhausplatz 18, 3011 Bern
Organisation: Koordinationsstelle für Integration der Stadt Bern und Verein Menschenrechte Schweiz MERS
Weitere Informationen: Koordinationsstelle für Integration, Effingerstrasse 21, 3001 Bern, Tel. 031 321 69 63, integration.bui@bern.ch

INHALT

Aktuell	2
Bundesebene	4
Kantone	12
Gemeinden/ Städte/ Regionen	19
Internationales	26
Forschung	29
Agenda	32

Agenda

**Schulbildung und
neues
Arbeitslosen-
gesetz**
Informations-
veranstaltung
Integrationsstelle
Stadt St. Gallen
15. Dez. 2003

Mehrsprachige Informationsveranstaltung zu den Themen Schulbildung und neues Arbeitslosengesetz
15. Dez. 2003, 19.00 Uhr, Schulhaus Spelterini
Kontakt: Integrationsstelle Stadt St.Gallen, Peter Tobler, Tel. 071 224 56 99

INHALT

Aktuell	2
Bundesebene	4
Kantone	12
Gemeinden/ Städte/ Regionen	19
Internationales	26
Forschung	29
Agenda	32

IMPRESSUM

Herausgeber: Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung (IMES), Sektion Integration, Quellenweg 9, 3003 Bern-Wabern in Zusammenarbeit mit der Schweizerische Konferenz der kommunalen, regionalen und kantonalen Integrationsdelegierten (KID)
Verantwortlich: Stephanie Zbinden, Tel. 031 322 50 88
Uebersetzungen/Lektorat: Anne-Marie Bays (f), Sara Schneider (i), Thomas Busset (f), Walter Herzig (d)
Redaktionsschluss des Informationsbulletins 1 - 03: 20. Oktober 2003
Redaktionsschluss des nächsten Informationsbulletins: 19. Dezember 2003

Bestellung/Abbestellung sowie Adressänderung:

Info.integration@imes.admin.ch

Link Informationsbulletin Integration: www.imes.admin.ch/integration/index_d.asp

**Thomas Spang, Leiter Fachstelle Migration und Gesundheit, BAG
(www.bag.admin.ch)**

Ausgangslage

Forschung und Praxis belegen, dass ein Teil der Migrationsbevölkerung grossen gesundheitlichen Risiken ausgesetzt ist. Studien bestätigen diese Risiken und eine sich kumulierende Benachteiligung der Migrantinnen und Migranten gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen auf diesem Gebiet.

Um die Situation im Bereich Migration und Gesundheit fundiert angehen zu können und in Anlehnung an die WHO-Zielsetzung «Gesundheit für alle im 21. Jahrhundert» hat das BAG in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Flüchtlinge (BFF), dem Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung (IMES) und der Eidgenössischen Ausländerkommission (EKA) eine Strategie für den Bereich Migration und Gesundheit entwickelt, welche Problemfelder und ihre Ursachen aufzeigt sowie Interventionsachsen und Ziele definiert. Die Strategie wurde vom Bundesrat im Juli 2002 gutgeheissen. Unter der Federführung des BAG wird diese nun in Zusammenarbeit mit den beteiligten Bundesstellen umgesetzt.

Inhalte der Strategie

In der Strategie werden fünf Interventionsachsen (nach Priorität geordnet) definiert:

- **Bildung:** Der Aus- und Weiterbildung der MigrantInnen sowie des medizinischen Fachpersonals wird die grösste Bedeutung zugemessen. Ziel ist die Schaffung einer auf gesamtschweizerischen Standards basierenden Aus- und Fortbildung für Dolmetscherdienste und interkulturelle Vermittlung sowie die transkulturelle Professionalisierung des medizinischen Fachpersonals.
- **Information, Prävention und Gesundheitsförderung:** Hier sieht die Strategie gezielte präventive themenorientierte Interventionen sowie Informationsverbreitung für spezifische Gruppen der Migrationsbevölkerung vor.
- **Gesundheitsversorgung:** Es sollen leicht zugängliche Gesundheitsangebote und Vermittlungsstellen in bestehenden Institutionen des Gesundheitswesens gefördert werden. Diese sollen unbürokratische Hilfe bei gesundheitlichen Problemen leisten.
- **Therapieangebote für Traumatisierte im Asylbereich:** Hier steht einerseits das Ziel der Verbesse-

rung des bestehenden Angebots vor allem für Traumatisierte mit längerfristiger Aufenthaltsperspektive und andererseits der Aufbau leicht zugänglicher, dezentralisierter Angebote insbesondere für Traumatisierte mit ungeklärter Aufenthaltsperspektive im Vordergrund.

- **Forschung:** Insbesondere soll problemorientierte Grundlagenforschung im Bereich Migration und Gesundheit betrieben, ein Gesundheitsmonitoring für die Zielgruppe aufgebaut sowie die Umsetzung der Massnahmen der Strategie evaluiert werden.

Aktuelle Massnahmen

Folgende Massnahmen werden bereits umgesetzt oder befinden sich im Aufbau:

- **Bildung:** Erarbeitung von Modalitäten und Abläufen zur Zertifizierung von SprachmittlerInnen und interkulturellen VermittlerInnen (operative Instrumente, Definition Umfang Ausbildung, Qualitätssicherung, Zertifizierung). Sensibilisierungs- und Lobbyarbeit für das Thema. Erarbeitung Rahmenprogramm zur migrationsspezifischen Aus-, Fort- und Weiterbildung in Gesundheitsberufen (Medizin, Pflege, Management → Anreizfinanzierung BAG). Fortbildungsmodul Pflegebereich.
- **Information, Prävention und Gesundheitsförderung:** Projekte aus Netzwerken der Migrationsbevölkerung. Nationale Koordinationsstelle im Bereich sexuelle und reproduktive Gesundheit für MigrantInnen. HIV/Aidsprävention Sub-Sahara MigrantInnen. Stop-Aids Kampagne 2003. Migrationsspezifische Suchtarbeit. Sicherheit/Gesundheit am Arbeitsplatz. Drehscheibe Infomaterial Gesundheit. Gesundheitswegweiser. Kommunikationsmassnahmen (www.miges.ch, newsletter, etc.).
- **Gesundheitsversorgung:** Migrant Friendly Hospitals (MFH). Koordinations-, Vermittlungs- und Fachstellen (Koordination mit IMES/EKA). Finanzierungskonzept DolmetscherInneneinsatz.
- **Therapieangebote für Traumatisierte des Asylbereichs:** Definition von Standards Betreuung. Fachstelle BFF.
- **Forschung:** Forschungskonzept (Prioritäten). Aufbau Gesundheitsmonitoring Migrationsbevölkerung. Evaluation Massnahmen.



Commissions communales d'intégration des étrangers en Valais :

Commission de l'intégration des étrangers de la Ville de Monthey,
Mme Aude Joris, Conseillère communale, Av. de l'Europe 74, 1870 Monthey
Tél. 024 /472.22.03 E-mail famille.p.joris@bluewin.ch

Commission de l'intégration des étrangers de la Ville de St-Maurice,
M. Xavier Lavanchy, Conseiller communal, 1890 St-Maurice
Tél. 024 / 472.40.00

Commission de l'intégration des étrangers de la Ville de Martigny,
Mme Dominique Delaloye, Conseillère communale, 1920 Martigny
Tél. 027 721.22.12 E-mail info@villedemartigny.ch

Commission communale de l'intégration des étrangers de la Ville de Sion,
M. Jean-Pascal Fournier, Conseiller communal, 1950 Sion
Tél. 027 322.76.07 E-mail jpafou@netplus.ch

Zusammenfassung der Studie:

PISA – Integration

Coradi Vellacott, Maja, Judith Hollenweger, Michel Nicolet und Stefan C. Wolter (2003): **Soziale Integration und Leistungsförderung**. Thematischer Bericht der Erhebung PISA 2000. Neuchâtel, Bundesamt für Statistik (BFS)
Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK): 80.
OECD - PISA Programme for International Student Assessment

Bekanntlich hat die PISA-Studie, die im Jahr 2000 mit Fünfzehnjährigen in 32 OECD-Ländern durchgeführt wurde, für die Schweiz nicht nur schmeichelhafte Ergebnisse gezeitigt: Insbesondere die Lesefähigkeit lässt in der Schweiz zu wünschen übrig. Die 20% der SchulabgängerInnen, welche den Anforderungen nicht genügen, kommen mehrheitlich aus sogenannten "bildungsfernen Schichten". Wie in anderen Ländern wurden auch in der Schweiz Vertiefungsstudien zur genaueren Auswertung der Daten in Auftrag gegeben. Der hier kurz vorgestellte Bericht ist eine dieser Vertiefungsstudien. Die AutorInnen nehmen einen sehr sorgfältigen Ländervergleich vor, der auch Faktoren wie Zeitpunkt der Einschulung, Schulorganisation oder allgemein den gesellschaftlichen Kontext sowie die Migrationspolitik einbezieht. In **Soziale Integration und Leistungsförderung** geht es v.a. darum, die Einflussfaktoren im Bildungssystem zu eruieren, welche in anderen Ländern das Gewicht der sozialen Faktoren (Bildungsferne) verringern. In ihren Schlussfolgerungen stellen die AutorInnen eine Reihe von Massnahmen vor, die die Leistungsfähigkeit der SchülerInnen in der Schweiz verbessern sollen. Im Zusammenhang mit Migrantinnen und Migranten sind dabei vor allem folgende Empfehlungen von Interesse:

- Ergreifen gezielter Massnahmen sowohl auf struktureller Ebene der Schulen als auch gegenüber den einzelnen SchülerInnen in Situationen, in welchen die Konzentration von ArbeitsmigrantInnen hoch ist (Anteil von mehr als 40% fremdsprachiger SchülerInnen in einer Klasse). Diese Massnahmen sollen im Bereich der sozialen Integration, aber vor allem der speziellen (Regel)sprachförderung liegen. Die Schulen sollen die Zusammensetzung ihrer Schülerschaft in ihren Leitbildern berücksichtigen und valorisieren. Auch der Integration der Eltern in das Schulleben kommt dabei eine grosse Bedeutung zu.
- Im Bereich der Migrationspolitik soll eine Diskussion darüber geführt werden, ob ein „Punktesystem“, welches – wie beispielsweise in Kanada – potentielle EinwanderungskandidatInnen selektioniert, erwünscht ist oder nicht.
- Die sogenannte Erstförderung erwachsener ImmigrantInnen soll gestärkt werden.
- Die zentrale Bedeutung der Familie als „Integrationsinstanz“ soll stärker gewichtet werden.
- Begleitende Tagesstrukturen (Mittagstische, Spielgruppen, Aufgabenhilfe) für Kinder im Schul- und Vorschulalter sollen gefördert werden. Um einen positiven Effekt zu erzielen, müssen sie allerdings breit genutzt werden, das heisst sowohl von ausländischen als auch von schweizerischen Familien.

(Zusammenfassung: IMES, Sektion Integration, Simone Gretler Heusser)